

THIS IS A POST-PRINT VERSION OF THE ARTICLE WHICH HAS NOW BEEN PUBLISHED

CITATION: Krebs, S. & Tschacher, W. (2007). „Im Sinne der rassistischen Erneuerung unseres Volkes“ – Albert Huyskens, die Westdeutsche Gesellschaft für Familienkunde und das Aachener Stadtarchiv 1933–1944. Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 109, 215–238.

## „Im Sinne der rassistischen Erneuerung unseres Volkes“ – Albert Huyskens, die Westdeutsche Gesellschaft für Familienkunde und das Aachener Stadtarchiv im Nationalsozialismus\*

Stefan Krebs, Werner Tschacher

Vor beinahe 30 Jahren schrieb der damalige Archivdirektor und Vorsitzende des Aachener Geschichtsvereins Herbert Lepper in dieser Zeitschrift über die Geschichte des Aachener Stadtarchivs und seiner Archivare zwischen 1821 und 1945<sup>1</sup>. Die Zeit des ‚Dritten Reiches‘ wurde von ihm auf gerade einmal drei von 122 Seiten abgehandelt. Über das Stadtarchiv und seinen damaligen Leiter Albert Huyskens<sup>2</sup> kam er zu dem Urteil: „Die ‚Machtergreifung‘ und deren Folgen bedeuteten auch für das Stadtarchiv einen tiefgreifenden Einschnitt. Mit der Einrichtung der ‚Familiengeschichtlichen Auskunftsstelle‘ im Jahre 1934 und der mit ihr verbundenen Auskunftstätigkeit zwecks Nachweises der arischen Abstammung wurde die eigentliche archivische und wissenschaftliche Arbeit auf Jahre hinaus geradezu blockiert“<sup>3</sup>. Weiter schilderte Lepper das Stadtarchiv als politikfreien Raum, in dem sich Huyskens und seine Mitarbeiter weiterhin – wenn auch unter schwierigen Umständen – ganz ihrer wissenschaftlichen Arbeit und dem Erhalt der Bestände widmeten<sup>4</sup>.

Diese Einschätzung prägte bis ins Jahr 2005 das Bild der Person Albert Huyskens und des Stadtarchivs Aachen. Sie fand ihre scheinbare Bestätigung in zwei weiteren Publikationen Leppers zur Geschichte des Aachener Geschichtsvereins<sup>5</sup>. Dort verortete er Huyskens im nationalkonservativen, katholischen Milieu des Aachener Bürgertums und kam zu dem Fazit, dass dieser eine durchgehende und konsequente Widerstandsstrategie gegen den Nationalsozialismus durchgehalten habe<sup>6</sup>. Auch der Historiker Ulrich Kalkmann folgerte in seiner Dissertation über die Technische Hochschule Aachen im Nationalsozialismus, dass Huyskens „nicht den Vorstellungen der Aachener Nationalsozialisten“<sup>7</sup> entsprach. Dagegen zeigten die im März 2005 der Öffentlichkeit vorgestellten Ergebnisse eines Forschungsprojektes zur Hochschulgeschichte der RWTH Aachen, in dessen Rahmen auch die

Biographie von Albert Huyskens untersucht worden war, deutlich die ideologische Übereinstimmung Huyskens' mit den Zielen der Nationalsozialisten und seine willfährige Unterstützung des Regimes<sup>8</sup>. Diese Neubewertung führte nach einer Ratsanfrage zur Prüfung der Benennung des Aachener Huyskensweges<sup>9</sup>. Ein Jahr später entschieden sich die Stadt und die Hochschule zu einer Umbenennung des Weges in Otto-Blumenthal-Straße<sup>10</sup>.

Zwischenzeitlich hatte sich im September 2005 der Verband der bundesdeutschen Archivare auf dem 75. Deutschen Archivtag in Stuttgart erstmals mit der Rolle des Archivwesens im Nationalsozialismus beschäftigt und die „notwendige und längst überfällige Auseinandersetzung mit dieser Epoche in der Geschichte des eigenen Berufsstandes“<sup>11</sup> eingeleitet. Der Essener Stadtarchivar Klaus Wisotzky zeigte in seinem Vortrag über die rheinisch-westfälischen Stadtarchive im ‚Dritten Reich‘, dass Albert Huyskens als „kämpfender Wissenschaftler“<sup>12</sup> und das Aachener Stadtarchiv als Partner des nationalsozialistischen Unterdrückungsapparates die NS-Rassenpolitik nach Kräften unterstützten und sich damit keineswegs von den anderen Akteuren des kommunalen Archivwesens unterschieden. Ausdrücklich kritisierte er, dass Herbert Lepper der positiven Selbsteinschätzung von Huyskens in seinem Entnazifizierungsverfahren „blind gefolgt“<sup>13</sup> sei und ihn zum Widerstandskämpfer stilisiert habe.

Daraus folgt, dass die Geschichte des Aachener Stadtarchivs in der Zeit des Nationalsozialismus trotz der Arbeiten von Herbert Lepper ein Desiderat darstellt<sup>14</sup>. Die hier vorliegende Studie soll die bestehende Lücke schließen: Sie versteht sich einerseits als Beitrag zur neueren Aachener Stadtgeschichte, da Huyskens als „Nestor der Aachener Geschichtsforschung“<sup>15</sup> eine zentrale Identifikationsfigur für das Aachener Bürgertum und dessen Geschichtsbild zwischen Kaiserreich und früher Bundesrepublik war. Andererseits soll das Fallbeispiel des Aachener Stadtarchivs einen Beitrag zur Geschichte der Kommunalarchive im Nationalsozialismus leisten.

In einem ersten Schritt werden dazu einfürend die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Familienkunde und Sippenkunde auf der einen Seite und Rassenhygiene und Rassenpolitik auf der anderen aufgezeigt. Danach sollen die Verstrickungen der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde, deren Vorsitzender Albert Huyskens von 1927 bis 1947 war, eingehender untersucht werden. Die Aktivitäten der Westdeutschen Gesellschaft waren – wie zu zeigen sein wird – auf das engste mit dem Aachener Stadtarchiv verbunden. Huyskens bildete die ideelle und personelle Klammer zwischen Verein und Archiv. Nur unter Berücksichtigung von Huyskens' familienkundlichen Vereinsaktivitäten und seinen daraus hervorgehenden Kontakten zu leitenden Funktionären der NS-Rassenpolitik kann die

Geschichte des Aachener Stadtarchivs im ‚Dritten Reich‘ verstanden werden. In einem dritten Schritt wird die praktische Umsetzung und propagandistische Unterstützung der NS-Rassenpolitik durch das Aachener Stadtarchiv dargelegt. Den Abschluss bilden nach einer kurzen Zusammenfassung der Ergebnisse drei weiterführende Deutungsangebote zur willfährigen Verstrickung von Albert Huyskens in das nationalsozialistische Unrechtssystem.

### **Die Familienkunde als Werkzeug der Rassenpolitik**

Die Familienkunde als Teil der Genealogie ist die Lehre von der Herkunft und den Verwandtschaftsverhältnissen von Einzelpersonen oder Familien. Seit dem 19. Jahrhundert ist die Familienkunde nach Inhalt und Arbeitsweise vorrangig eine Historische Hilfswissenschaft. Die Werkzeuge der Familienkunde sind Ahnen-, Stamm- und Nachfahrentafeln. Die Ahnentafel ist die familienkundliche Aufstellung mit Angabe aller Ahnen einer Person in aufsteigender Linie<sup>16</sup>. Die wichtigsten und aussagekräftigsten Quellengruppen sind die in kirchlichen oder kommunalen Archiven liegenden Kirchenbücher sowie Zivil- und Personenstandsregister. Seit dem 1. Januar 1876 erfolgte im gesamten Deutschen Reich die zivile Beurkundung des Personenstandes einheitlich in den neu eingerichteten Standesämtern<sup>17</sup>.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts führt eine Verbindungslinie von der Familienkunde – unter Orientierung auf Fortpflanzung und Vererbung – zur Eugenik<sup>18</sup>. Der Begriff Eugenik wurde 1883 von Francis Galton geprägt und bezeichnet die Lehre von der Verbesserung des Erbgutes. In Deutschland versuchte man, den Begriff der Eugenik als Rassenhygiene populär zu machen. Die Rassenhygiene unterschied zwischen ‚Auslese‘ und ‚Ausmerze‘: Die ‚Auslese‘ als positive Maßnahme strebte die Förderung und Vermehrung der Erbgesunden und ‚Tüchtigen‘ an, die ‚Ausmerze‘ als negative Maßnahme zielte darauf, Erbkrankte von der Fortpflanzung auszuschließen. Nach dem Ersten Weltkrieg radikalisierten sich die Anhänger der Rassenhygiene in Deutschland. Symbolisch dafür steht die 1920 erschienene Schrift „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“<sup>19</sup>, die über die engeren medizinischen Fachkreise hinaus von Juristen und in der interessierten Öffentlichkeit diskutiert wurde. Einzelne rassenhygienische Maßnahmen, wie eugenische Eheberatung, Zwangssterilisation und Abtreibungen, wurden in der Weimarer Zeit von fast allen politischen Parteien in unterschiedlichen Ausprägungen befürwortet<sup>20</sup>.

Besonders für die individuelle Erbpflege war das Wissen um die guten und schlechten Erbanlagen einer Familie elementare Voraussetzung. Genau an diesem Punkt kommt es zur Berührung zwischen Rassenhygiene und Familienkunde, stellt letztere doch mit ihrer

Erforschung der Vorfahren, deren Ahnen, Abkömmlingen und Nachfahren unabdingbares Wissen für erstere bereit. Albert Huyskens formulierte diesen Zusammenhang 1929 in seinem Artikel „Die Ziele der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde“ folgendermaßen: *Es ist ein Geben und Nehmen zwischen der Familienkunde auf der einen Seite, der Geschichtsforschung, der Medizin und insbesondere der Vererbungslehre und Rassenforschung auf der anderen Seite*<sup>21</sup>. Die Familienkunde wurde nur wenige Jahre später als unerlässliche Hilfswissenschaft für die Rassenpolitik im NS-Staat angesehen<sup>22</sup>.

Die politische Rechte blickte schon vor 1933 weniger auf die Erbgesundheit des Einzelnen als auf die ‚Volksgesundheit‘. Sie verband völkisch-rassistisches Gedankengut mit erbbiologischen Erkenntnissen und rassenhygienischen Forderungen<sup>23</sup>. Bereits im April 1929 unterschied der Vorsitzende des Vereins für Rasseaufbesserung Carl von Behr-Pinnow in einem Vortrag vor der Aachener Ortsgruppe der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde zwischen sozialer und privater Rassenhygiene. Dabei verstand er die soziale Rassenhygiene als Instrument zur ‚Volksaufartung‘<sup>24</sup>.

Mit der ‚Machtergreifung‘ der Nationalsozialisten im Januar 1933 wurde deren völkisch-rassistische Weltanschauung zur Staatsdoktrin: Ausgehend von der Idee der unterschiedlichen Wertigkeit der Rassen, der damit einhergehenden Hierarchisierung der Menschheit und dem antisemitischen Feindbild der Nationalsozialisten wurden die Juden auf die unterste Stufe herabgesetzt und als ‚Schmarotzer‘ und ‚Zerstörer‘ des ‚Volkskörpers‘ angesehen<sup>25</sup>. Auf die oberste Stufe hoben die Nationalsozialisten die arische Rasse, die aufgrund ihrer ‚kulturschöpferischen Kraft‘ zur Herrschaft berufen sei, wie dies bereits Mitte des 19. Jahrhunderts Graf Gobineau propagiert hatte.

Unmittelbare Einwirkung auf die deutsche Gesellschaft hatte die nationalsozialistische Rassenpolitik bereits mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933. Das Gesetz diente vornehmlich der Ausschaltung politisch missliebiger Beamter. Durch die kurzfristige Aufnahme des Paragraphen 3, des sogenannten Arierparagraphen, mit dem Beamte nichtarischer Abstammung in den Ruhestand versetzt werden konnten, wurde erstmals ein antisemitisches Sonderrecht zur Ausgrenzung der Juden in Kraft gesetzt. Denn als nichtarisch galt, wer einen jüdischen Eltern- oder Großelternanteil besaß<sup>26</sup>.

Diese Entwicklung mündete in die unter der Sammelbezeichnung ‚Nürnberger Gesetze‘ bekannt gewordenen Rassengesetze ein, die am 15. September 1935 auf dem Reichsparteitag verabschiedet wurden. Eines von ihnen, das Reichsbürgergesetz, trennte zwischen Reichsbürgern und Staatsbürgern: Die Reichsbürgerschaft mit vollen politischen Rechten konnten nur Arier erhalten, während Juden als bloße Staatsbürger zu Bürgern zweiter Klasse

degradiert wurden. Zudem regelte das Gesetz erstmals genau, wer als Jude zu gelten habe. Wie zuvor für die Gruppe der Beamten, wurde nun von jedem Deutschen ein Abstammungsnachweis verlangt, der durch Vorlage einer urkundlich beglaubigten Ahnentafel erbracht werden musste<sup>27</sup>.

Für den sogenannten großen Ariernachweis, den Amtsträger der NSDAP und der Parteigliederungen sowie Erbhofbauern benötigten, musste die Abstammung bis auf das Jahr 1800 zurückverfolgt werden. Der Kölner Familienforscher Heinz Haehling von Lanzenauer, stellvertretender Vorsitzender und Schriftführer der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde, bemerkte mit Blick auf den Abstammungsnachweis treffend: *Mit einem Schlage [rückte damit] die Familienkunde in das Blickfeld der Politik*<sup>28</sup>. Denn mit den Methoden der Rassenforschung, wie zum Beispiel anthropologischen Schädel- und Gesichtsvermessungen, war man nicht fähig, die im Sinne des biologisch argumentierenden Rassismus definierten Rassen voneinander zu unterscheiden. Letztlich entschied nur die Religionsangehörigkeit über die Zuordnung zur arischen Rasse. Damit wurden jüdischer Glaube und jüdisches Volkstum in eins gesetzt<sup>29</sup>. Der Sachverständige für Rassenforschung beim Reichsministerium des Inneren, Achim Gercke<sup>30</sup>, bezeichnete als wichtigste Hilfsmittel für die Ermittlung der arischen Abstammung *die alten Urkunden und namentlich die Kirchenbücher. Sie enthalten die Rassegeschichte unseres Volkes*<sup>31</sup>. Standesbeamte, Archivare und Pfarrer nahmen damit eine Schlüsselrolle bei der praktischen Umsetzung der NS-Rassengesetze ein.

Im NS-Jargon ersetzte der Begriff Sippenkunde weitgehend den der Familienkunde: die Aufwertung der Familien- bzw. Sippenkunde wird deutlich im Zitat eines der führenden sippenkundlichen Funktionäre, Karl Fahrenhorst<sup>32</sup>: *Die Regierung der nationalsozialistischen Revolution hat durch ihre Gesetzgebung die Voraussetzungen geschaffen, daß die deutsche Sippenforschung nunmehr Volkssache wird. Jeder Deutsche muß sich mit der Geschichte seines Geschlechts befassen. In jedem deutschen Volksgenossen muß die Erkenntnis über die Tiefe geschichtlicher wie blutmäßiger Verbundenheit zwischen seiner Sippe und dem großen deutschen Volke lebendig werden*<sup>33</sup>.

Mit der fortschreitenden Ausgrenzung, Stigmatisierung und Marginalisierung der jüdischen Bevölkerung erreichte der Ariernachweis eine zunehmend fatale Bedeutung. Er wurde zu einem der bösartigsten Instrumente der nationalsozialistischen Rassenpolitik, entschied er doch über die rechtliche und soziale Stellung des Einzelnen im NS-Staat und schließlich im Rahmen des Völkermordes an den deutschen und europäischen Juden über Leben und Tod der Betroffenen<sup>34</sup>.

## **Die Zeichen der Zeit erkannt: Die Westdeutsche Gesellschaft für Familienkunde im Nationalsozialismus**

Die von Albert Huyskens seit 1927 geleitete Westdeutsche Gesellschaft für Familienkunde begrüßte stürmisch, dass die Familienforschung im neuen – d.h. nationalsozialistischen – Deutschland gebührende Anerkennung fand<sup>35</sup>. Anlässlich ihrer Sommertagung am 16. und 17. Juli 1933 in Aachen gelobte die Gesellschaft in einem Telegramm an Reichsinnenminister Frick<sup>36</sup> *treue Mitarbeit bei den so tatkräftig eingeleiteten Maßnahmen, Rasse und Volkstum einer hoffnungsvollen Zukunft zuzuführen*<sup>37</sup>.

Wie sehr sich die Westdeutsche Gesellschaft die rassenpolitischen Ziele des NS-Regimes zu eigen machte, zeigte der dort gefasste Beschluss, zur *Aufrüttlung der Menschen*<sup>38</sup> im folgenden Monat eine große Kundgebung im Kölner Gürzenich durchzuführen. Auf dieser Veranstaltung wurde dem führenden Funktionär der NS-Rassenpolitik, dem Sachverständigen für Rasseforschung Achim Gercke, eine große Plattform geboten, in aller Deutlichkeit die Grundzüge und Aufgaben der Rassenpolitik sowie die vorgesehene Rolle der sippenkundlichen Vereine darzulegen.

Einleitend sprach Huyskens in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Gesellschaft über die Pflege der Familien- und Rassenforschung innerhalb des Vereins seit dessen Gründung 1913. *Dies habe [der Verein] auch in den vergangenen Jahren getan, als jüdisch-marxistischer Geist dieses Werk belächelte. Heute seien diese Gedanken in weite Kreise gedrungen, denn ein stärkerer Wille stehe heute dahinter, nämlich der Wille und die Erkenntnis unseres Führers Adolf Hitler, dass in Rasse und Volkstum wieder das Fundament der Familie begründet werden muß*<sup>39</sup>. Nach dieser programmatischen Einstimmung sprach Gercke offen über die bereits eingeleiteten und zukünftigen Maßnahmen. So führte er aus: *Die Rassefragen [...] hätten zwei Seiten. Einmal sei es notwendig das Volk gesund zu erhalten, zum anderen aber müsse man die Art erhalten, damit kein fremdes Blut dazu komme. Zwei Naturprinzipien seien zu berücksichtigen: die Ausmerze Sorge für den Untergang der nicht Lebenstüchtigen und Lebenswerten; die Auslese aber Sorge für den Fortbestand des besonders Lebenswichtigen*<sup>40</sup>. In dem am 14. Juli 1933 erlassenen Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses erkannte er ein hilfreiches Instrument, den Kreis der Erbkranken mit Hilfe von Sterilisationen zu verringern<sup>41</sup>.

Dass diese öffentliche Veranstaltung zur Popularisierung der völkischen Sippenkunde kein einmaliges Zugeständnis an den Zeitgeist war, belegt ein Brief von Huyskens an die Obmänner

der Ortsgruppen der Westdeutschen Gesellschaft vom 12. November 1933. Darin schwor er diese auf die völkisch-rassistische Familienforschung und ihre neuen Aufgaben im NS-Staat ein: *Es gilt für unsere Gesellschaft sich dieser Stunde, die nicht mehr wiederkehrt, wert zu zeigen. [...] Jede Ortsgruppe muß im kommenden Winter das äußerste daran setzen, mit guten zeitgemäßen Vorträgen und Schulungsabenden an die Öffentlichkeit zu treten*<sup>42</sup>. Mit diesem Aufruf leistete Huyskens der nachhaltigen Nazifizierung des Vereins Vorschub, waren doch die Vorträge und Schulungsabende der Ortsvereine wichtige Foren, um breitere Bevölkerungs- und Mitgliederkreise mit den neuen Erfordernissen der Sippenkunde und Rassenpolitik vertraut zu machen.

Dabei wurden Huyskens und andere Vereinsfunktionäre nicht müde, immer wieder zu betonen, dass die Westdeutsche Gesellschaft auch bereits vor 1933 mit den wesentlichen rassenpolitischen Ziel[en] der Nationalsozialistischen Partei und dem nationalsozialistischen Staat übereingestimmt habe und sich von daher keinen besonderen Ruck zu geben brauchte, um ihre schon von Anfang an im Sinne der rassistischen Erneuerung unseres Volkes geleisteten Arbeit der nationalsozialistischen Zielsetzung des neuen Reiches nach dem Umbruch anzupassen<sup>43</sup>.

Am 24. März 1935 verabschiedete die Hauptversammlung der Westdeutschen Gesellschaft eine neue Satzung, die den Verein nach dem Führerprinzip ordnete, nachdem die Ortsgruppen bereits seit längerer Zeit nach eben diesem organisiert waren<sup>44</sup>. Zusätzlich wurde in dieses Statut ein ‚Arierparagraph‘ aufgenommen, und dem Heft 6/1935 der „Mitteilungen der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde“ lag ein Fragebogen bei, der Auskunft über die arische Abstammung der Mitglieder verlangte. Nicht alle Mitglieder konnten diesen Nachweis erbringen und sahen sich daraufhin zum Austritt aus dem Verein gezwungen<sup>45</sup>.

Albert Huyskens nutzte die oben angesprochene Kundgebung im Kölner Gürzenich zu einer ersten Unterredung mit dem Sachverständigen für Rasseforschung Achim Gercke, um in Verhandlungen zur Gleichschaltung der Westdeutschen Gesellschaft mit einem zu gründenden reichsweiten Verband der sippenkundlichen Vereine einzutreten. Am 27. März 1934 lud Gercke Huyskens in den Führerrat des in Aussicht genommenen Reichsvereins für Sippenforschung und Wappenkunde ein<sup>46</sup>. Bereits zwei Tage später berieten sich die beiden im Beisein von Heinz Haehling von Lanzenauer im Kölner Hotel Monopol. Sie verabredeten den Anschluss der Westdeutschen Gesellschaft an den Reichsverein zum 1. Januar 1935. Dabei erreichte Huyskens weitgehende Zugeständnisse, wie die Anerkennung der Zuständigkeit der Westdeutschen Gesellschaft für ihre gesamte bisherige Einflussosphäre<sup>47</sup>. Wie spätere Äußerungen von Huyskens zeigen, forderte er vom Reichsverein Schutz vor der drohenden

Abspaltung einzelner Landesverbände. Gercke kam dieser Forderung mit der in Aussicht gestellten Berufung Huyskens' zum Führer des Landesverbandes Rheinland-Westfalen im Reichsverein weitgehend nach<sup>48</sup>, lediglich nach Süden und Südosten blieben die Grenzen der Westdeutschen Gesellschaft offen<sup>49</sup>.

Am 2. Juni 1934 nahmen Albert Huyskens und Heinz Haehling von Lanzener gemeinsam an der ersten Führertagung in Berlin teil, obwohl die Westdeutsche Gesellschaft zu diesem Zeitpunkt noch nicht in den Reichsverein eingetreten war<sup>50</sup>. Dazu kam es auch nicht mehr, wurde Gercke doch im März 1935 – nachdem er bereits der Korruption beschuldigt worden war – aufgrund seiner angeblichen homosexuellen Neigungen aus der Partei ausgeschlossen<sup>51</sup>. Sein Nachfolger wurde SS-Untersturmführer Kurt Mayer<sup>52</sup>, der u.a. Vorsitzender des Berliner familienkundlichen Vereins Der Herold war. Eine seiner ersten Amtshandlungen bestand darin, den Reichsverein für Sippenforschung und Wappenkunde zu liquidieren und an dessen Stelle eine eigene Organisation, nämlich den Volksbund der sippenkundlichen Vereine, zu setzen<sup>53</sup>.

In einem Schreiben vom 2. April 1934 gratulierte Huyskens Mayer zum Amtsantritt und befürwortete die bevorstehende Gründung des Volksbundes. Weiter teilte Huyskens mit, dass Mayers Rundschreiben vom 18. März den Beitritt der Westdeutschen Gesellschaft zum Reichsverein verhindert habe, ferner sei die in Aussicht gestellte landschaftliche Gliederung des Volksbundes und die Liquidierung kleinerer Vereine sehr zu begrüßen<sup>54</sup>. Im Oktober 1935 verkündete Huyskens offiziell die Bereitschaft der Westdeutschen Gesellschaft zur Mitarbeit im Volksbund, und der wenig später erfolgte Beitritt vollendete die Selbstgleichschaltung des Vereins<sup>55</sup>.

Huyskens und von Haehling wurden in den Führungsgremien von Reichsverein und Volksbund über die neuesten Maßnahmen und Mittel der NS-Rassenpolitik aus erster Hand informiert: z.B. über die Durchführung von Zwangssterilisationen und die geplante Reichssippenkartei<sup>56</sup>. Zugleich stellten sie ihr eigenes Fachwissen in den Dienst der Rassenpolitik auf Reichsebene<sup>57</sup>. Und 1938 brüstete sich Huyskens in seiner Rede auf der Jubiläumsfeier zum 25-jährigen Bestehen der Westdeutschen Gesellschaft damit, dass der Verein durch die Vermittlung geschulter Mitarbeiter an die Reichs- und Parteistellen für die Durchführung rassenpolitischer Aufgaben nützliche Dienste geleistet habe<sup>58</sup>.

Auch mit ihrer wissenschaftlichen und publizistischen Tätigkeit stellten sich Huyskens und die Westdeutsche Gesellschaft in den Dienst der nationalsozialistischen Rassenpolitik. Das 1934 als Sonderheft der Mitteilungen der Westdeutschen Gesellschaft erschienene „Verzeichnis der rheinischen Kirchenbücher“ von Heinrich Löcherbach verstand sich vordergründig als ein Beitrag zur Kirchenbuchforschung, diente aber zugleich den Behörden – wie bereits eingangs

erwähnt – als wichtiges Hilfsmittel für den Nachweis der arischen Abstammung bzw. für die Identifizierung der jüdischen Bevölkerung. Für diese unheilvolle Beziehung zwischen Wissenschaft und Politik ist das auf Wunsch Huyskens' noch von Gercke verfasste Geleitwort zum Verzeichnis Löcherbachs symptomatisch<sup>59</sup>.

Ebenso deutlich verband Huyskens in seiner im Juni 1935 veröffentlichten „Rheinischen Familienkunde“<sup>60</sup> Wissenschaft und Rassenpolitik. Sein Buch diene als Einführung in die Familienkunde und praktischer Leitfaden, wie der Nachweis der arischen Abstammung im Sinne der rassenpolitischen Gesetze zu erbringen sei: *So stehen wir vor einem neuen Sinn der Familienkunde, der völkischen Bedeutung ihrer Pflege für die Zukunft unseres Volkes, das ohne Übertreibung wohl eines der wertvollsten der Erde genannt werden kann und das nach seiner Lebenskraft wie nach seinen Anlagen noch zu großen Aufgaben in der Zukunft berufen ist, als Teil der arischen Rasse, der Trägerin der Menschheitsentwicklung in den letzten Jahrtausenden. Um diese arische Rasse von fremden Blutseinflüssen zu befreien und sie zum alleinigen Herrn ihrer eigenen Geschicke und ihrer Entwicklung zu machen, ist der Nachweis der arischen Abstammung eingeführt*<sup>61</sup>. Im vierten Kapitel legte er dazu ausführlich und in sachlicher Nüchternheit das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus, wohlwissend, dass auf dessen Grundlage inzwischen seine jüdischen Kollegen an der Aachener Hochschule entlassen und damit um ihre bürgerliche Existenz gebracht worden waren<sup>62</sup>.

Huyskens sah eine der Hauptaufgaben der Familienkunde im Bereich der privaten und sozialen Rassenhygiene, er forderte die Auslese der *weniger wertvollen Erbstämme* zum Zwecke der ‚Volksaufartung‘. Es werde Aufgabe der Sippenämter sein, *in geeigneter Eheberatung die praktischen Folgerungen der Erblichkeitsforschung zum Besten des Volkes und seiner Zukunft zu ziehen*<sup>63</sup>. Diese Ausführungen müssen vor dem Hintergrund des bereits erwähnten Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 und Huyskens' Kenntnis von den ergriffenen Maßnahmen, wie den Zwangssterilisationen, gesehen werden.

Der unmittelbare Zusammenhang zwischen wissenschaftlicher Familienkunde und der Verfolgungspraxis des Regimes wird mit dem folgenden Vorgang besonders deutlich. In einer sippenkundlichen Ausstellung des Stadtarchivs „Praktische Wege zur Ahnenforschung“ im Mai 1936, auf die noch zurückzukommen sein wird, wurde ein standesamtliches Protokoll über die während der französischen Zeit erfolgte Namensänderung der Juden in Aachen von 1808 öffentlich ausgestellt<sup>64</sup>. Im Dezember 1936 beantwortete Huyskens am Schluss eines Vortragsabends vor den Mitgliedern des Aachener Geschichtsvereins eine Briefkasten-anfrage über die Annahme christlicher Vor- und Familiennamen seitens der Aachener Juden, indem er die entsprechende französische Gesetzgebung erläuterte und kommentierte<sup>65</sup>. Das erwähnte

Standesamtsprotokoll sandte Huyskens auch an die Reichsstelle für Sippenforschung in Berlin, wie ein Schreiben vom 18. Februar 1937 belegt, in dem die Reichsstelle den Empfang bestätigte<sup>66</sup>. Zeitgleich erschien in Heft 2/1937 der „Mitteilungen der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde“ ein nüchterner, lokalhistorischer Beitrag von Albert Huyskens über die „Bestimmungen der Namensgebung der Juden im Gebiet des ehemaligen französischen Rechts in ihrer Anwendung auf Aachen“<sup>67</sup>. Darin weist Huyskens darauf hin, dass sich Juden in Aachen und anderenorts christliche Familiennamen aneigneten und damit in der Lage waren, *ihre Zugehörigkeit zum Judentum zu verschleiern*<sup>68</sup>. Dazu gab er auch einige konkrete Beispiele für jüdische Familiennamen aus Aachen an, deren Träger er damit bloßstellte. Darüber hinaus muss dieser Aufsatz als eine kollektive Denunziation der betroffenen Personengruppe bewertet werden. Die nachfolgenden Reaktionen zeigen, dass die Adressaten von Huyskens' Mitteilung diese als wichtigen Beitrag zur Erfassung der jüdischen Bevölkerung verstanden haben. Im nächsten Heft erschien unter dem Titel „Ein bedauerlicher Missgriff bei der Namengebung der Juden“<sup>69</sup> eine Leserzuschrift. Für den Ort Wickrath wurden darin weitere Beispiele für jüdische Familien namentlich angeführt, die sich christliche Familiennamen zugelegt hatten<sup>70</sup>. Und schließlich verlangte das Rassenpolitische Amt des Gaués Köln-Aachen, dessen Leiter Toni Merzenich in enger Verbindung zu Huyskens als Vorsitzendem der Westdeutschen Gesellschaft stand, im Jahre 1939 von den Stadtarchiven sämtliche Unterlagen über jüdische Namensänderungen<sup>71</sup>.

Der gesamte Vorgang zeigt in aller Deutlichkeit, wie sich die Familienforschung und namentlich Albert Huyskens unter dem Deckmantel positivistischer Wissenschaft an den rassenpolitischen Verfolgungsmaßnahmen des NS-Staates beteiligten.

### **Das Aachener Stadtarchiv: Ariernachweise zwischen Aachen und Aubel**

Wie bereits erläutert, stellten Kirchenbücher und Standesamtsregister die wichtigsten schriftlichen Quellen für den Nachweis der arischen Abstammung dar. Damit wurden die Standesämter und Stadtarchive zu zentralen Institutionen bei der praktischen Umsetzung der nationalsozialistischen Rassenpolitik. Josef Knöpfler, Direktor der Bayerischen Archivverwaltung, stellte 1936 auf dem Deutschen Archivtag in Karlsruhe mit Befriedigung fest: *Mit anderen Worten, es gibt keine Rassenpolitik, es gibt auch keine Erbbiologie ohne Archive, ohne Archivare*<sup>72</sup>. Und für das Aachener Stadtarchiv konstatierte er besonders günstige Verhältnisse: *Das Archiv besitzt seit 1903 die sämtlichen älteren Kirchenbücher (103 Bände) und seit 1934 auch die ursprünglich französischen Standesamtsregister von 1798 bis 1876*<sup>73</sup>.

Archivdirektor Huyskens sah es als vornehmliche Aufgabe an, durch vermehrte Öffentlichkeitsarbeit und die Öffnung des Archivs für jedermann die neue Bedeutung von Familien- und Sippenforschung der Aachener Bevölkerung im Sinne der NS-Propaganda zu vermitteln. Bereits zur Sommertagung der Westdeutschen Gesellschaft in Aachen, die am 15. und 16. Juli 1933 stattfand, bereitete das Archiv eine Ausstellung unter dem Titel „Menschen von einst in ihrer berufsständischen Ordnung“ vor<sup>74</sup>.

Hauptsächlich zu Schulungszwecken veranstaltete das Stadtarchiv vom 1. April bis 3. Mai 1936 die Ausstellung „Praktische Wege zur Ahnenforschung“<sup>75</sup>. Huyskens erklärte: *Der Zweck der Ausstellung ist einmal, Sinn und Bedeutung des von der nationalsozialistischen Regierung geforderten Nachweises der arischen Abstammung zu erläutern, dann aber auch, zu einer Vertiefung und einem Ausbau des bei dem Nachweis gewonnenen Einblicks in Herkunft, Familie und Sippe anzuregen*<sup>76</sup>. Erarbeitet hatte die Ausstellung der Stadtarchivar Walter Kaemmerer<sup>77</sup>. Bereits am Eingang wurden in einem Wandkasten das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, das Reichsbürgergesetz und ein Ahnentafelformular der NSDAP ausgestellt, zudem Stammtafeln bekannter Aachener Familien. Im nächsten Kasten befanden sich u.a. das älteste Aachener Kirchenbuch aus St. Adalbert und das bereits erwähnte Standesamtsprotokoll von 1808 über die Namensänderungen der jüdischen Bevölkerung in Aachen. Den Abschluss der Schau bildete die mit Hoheitszeichen und Fähnchen geschmückte Ahnentafel von Adolf Hitler nebst einer Büste<sup>78</sup>.

Für die große Ausstellung „Schaffendes Grenzland“ im Neuen Kurhaus vom 7. bis 19. Oktober 1938 schlug Huyskens Stadtoberinspektor Franck in einem Schreiben einen Figurenfries vor: *Vom Beschauer links vor dem Hintergrund einer Ahnentafel ein Archivar, der einem vor ihm stehenden SS-Mann eine Urkunde aushändigt, in der Mitte vor dem Hintergrund eines Aktengestells hinter einem Tisch ein Forscher eine alte Pergamenturkunde mit Siegeln lesend, rechts ein Bote einen Brief in einen Reichspostbriefkasten einwerfend*<sup>79</sup>. Der abgebildete SS-Mann sollte ein Hinweis darauf sein, dass SS-Angehörige ihre arische Abstammung bis 1750 nachweisen mussten. Die Sachkenntnisse des Archivars waren hier aufgrund der oftmals schwierigen Quellenlage besonders gefordert. In einem Vorgang vom November 1935 konnte Huyskens Zweifel des Sippenamtes beim Rasse- und Siedlungshauptamt der SS an der arischen Abstammung eines SS-Angehörigen nur unter Rückgriff auf seine regional- und lokalgeschichtlichen Kenntnisse entkräften<sup>80</sup>.

Dies leitet über zur praktischen Mitarbeit des Stadtarchivs bei der Ausstellung von Abstammungsnachweisen. Bereits seit Februar 1933 waren der Stadtarchivar Walter Kaemmerer und der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Wilhelm Mummenhoff<sup>81</sup> hauptsächlich mit

den familienkundlichen Nachforschungen zum Zwecke der Nachweisung der arischen Abstammung beschäftigt, zunächst wohl für neue NSDAP-Mitglieder, ab April 1933 für die Beamten. Dadurch stieg die Zahl der schriftlichen Anfragen derart rapide an, dass der Bericht des Stadtarchivs für das erste Halbjahr 1934 eine Verdoppelung der Benutzerzahlen vermerkte<sup>82</sup>. Zur Entlastung des Aachener Standesamtes wurde am 18. April 1934 die offizielle Familienkundliche Auskunftsstelle für den Nachweis der arischen Abstammung unter Federführung des Stadtarchivs eingerichtet<sup>83</sup>. Das Stadtarchiv erhielt fünf zusätzliche hauptamtliche Mitarbeiter zugewiesen. Unter der anfänglichen Leitung von Mummenhoff<sup>84</sup> waren vier von ihnen ausschließlich mit dem Ariernachweis beschäftigt, während der fünfte Mitarbeiter, ein Buchbinder, für die Bestandserhaltung zuständig war<sup>85</sup>. Dieser Bestand war durch die Übernahme der Standesamtsregister von 1798 bis 1875 gewaltig gewachsen, hatte das Stadtarchiv doch erreicht, dass das Aachener Standesamt seine 545 Bände abgab<sup>86</sup>.

Bereits im ersten Jahr bearbeiteten die Mitarbeiter der Auskunftsstelle 3.250 schriftliche und mündliche Anfragen sowie 250 Nachprüfungen von Parteidienststellen. Archiv und Auskunftsstelle klagten in ihren Verwaltungsberichten auf diese Zahlen verweisend über völlige Überlastung. Im September 1935 erhielt das Stadtarchiv einen Spezial-Kontophot-Aufnahme-Apparat, mit dessen Hilfe die wörtlichen Abschriften aus den Standesamtsregistern durch fotografische Reproduktionen ersetzt werden konnten<sup>87</sup>. Der Fotoapparat war in Anbetracht der weiter steigenden Benutzerzahlen eine unerlässliche Hilfe<sup>88</sup>. 1938 verkündete das Stadtarchiv auf der erwähnten Ausstellung „Schaffendes Grenzland“ stolz, bereits 17.545 Urkunden für den Nachweis der arischen Abstammung ausgestellt zu haben<sup>89</sup>. Zum 1. September 1938 wurde die Auskunftsstelle dem Aachener Standesamt angegliedert, und auch die zuvor übernommenen Bestände wurden an dieses zurückgegeben<sup>90</sup>. Damit war die unmittelbare Einbindung des Stadtarchivs in die Erteilung von Abstammungsnachweisen beendet.

Noch bevor die Schriftdenkmalsicherung von Partei- und Regierungsseite offiziell angeordnet worden war, erkannte Albert Huyskens die immense Bedeutung von Kirchenbüchern und Personenregistern für die NS-Rassenpolitik. In einem Brief an das Landesarbeitsamt Köln schrieb er im Juli 1933: *Die bessere Fürsorge für dieses unersetzliche Material erscheint nicht nur im Interesse unserer Gesellschaft, sondern im Interesse der Allgemeinheit unerlässlich, wenn die Bestrebungen des neuen Deutschlands auf dem Gebiet der Rassenkunde und Vererbungslehre mit dem Ziele einer Deutschen Rassenpolitik wirksam gefördert werden sollen*<sup>91</sup>. Vergeblich bemühte er sich mit diesem Schreiben um die Abstellung von Hilfskräften des freiwilligen Arbeitsdienstes für die Anfertigung von Kirchenbuchregistern<sup>92</sup>.

Ein Briefwechsel von Regierungspräsident Eggert Reeder<sup>93</sup> mit dem Aachener Stadtarchiv vom August 1934 verdeutlicht, wie früh Huyskens die Zeichen der Zeit erkannt hatte. Mit Blick auf die häufig mangelhafte Aufbewahrung der Kirchenbücher im Regierungsbezirk Aachen forderte Reeder: *Hier ist unbedingt für schnelle und wirksame Abhilfe zu sorgen, da eine der wesentlichen Voraussetzungen für alle Maßnahmen auf bevölkerungspolitischem und rassepolitischem Gebiet, denen die Reichsregierung ganz besonderes Gewicht beilegt, die Sicherstellung der auf uns gekommenen Schriftdenkmäler mit den Angaben über unsere Vorfahren ist. Das deutsche Volk hat einen Anspruch darauf, dass die Schriftstücke, die ihrem Inhalte nach die einzige Quelle zur Feststellung seiner rassischen Vergangenheit sind, als sein wertvollster Gemeinbesitz geachtet und vor jedem Schaden bewahrt werden*<sup>94</sup>.

Eine besondere Bedrohung für die Archivalien ergab sich aus ihrer starken Beanspruchung durch die gestiegenen Benutzeranfragen bezüglich der Urkunden für den Abstammungsnachweis. Daraufhin verfügte Huyskens im Oktober 1934, dass die persönliche Benutzung der Kirchenbücher ab sofort auf ausgewiesene Sippenkundler beschränkt sei und von ihm allein genehmigt werden müsse. Seine Anordnung ließ er sich gegen Unterschrift von allen Archivmitarbeitern bestätigen und drohte bei Zuwiderhandlung damit, dem Oberbürgermeister Meldung zu erstatten<sup>95</sup>.

Anfang Dezember 1934 dankte Huyskens Gercke, dass ihm durch dessen Mitarbeiter von Klitzing der neueste Stand der Reproduktion von Kirchenbüchern zugänglich gemacht worden war. Eilfertig teilte er mit: *Ich habe dem Herrn Oberbürgermeister hier vorgeschlagen, eine solche Einrichtung zu schaffen, die dann vielleicht auch einem weiteren Bezirk nutzbar gemacht werden kann*<sup>96</sup>. Dieser Vorschlag wurde offensichtlich aufgegriffen: Nachdem schon die Auskunftsstelle im September 1935 den oben erwähnten Fotoapparat erhalten hatte, wurde im darauffolgenden Monat auch das Stadtarchiv mit einem Gerät ausgestattet. Das angeschaffte Modell, ein kombinierter Spezial-Film-Aufnahme- und Wiedergabe-Apparat Kontophot, wurde – wie man stolz vermerkte – ebenfalls von der Berliner Reichsstelle für Sippenforschung verwendet<sup>97</sup>.

Das Aachener Stadtarchiv begann umgehend mit der fotografischen Reproduktion schadhafter Kirchenbücher und weiterer sippenkundlicher Archivalien, wie z.B. der Burtscheider Einwohnerliste von 1812<sup>98</sup>. Dem Verwaltungsbericht von 1939 ist zu entnehmen, dass bis zu diesem Zeitpunkt 33 Kirchenbücher vollständig dupliziert worden waren. Passend zu diesen Sicherungsmaßnahmen der sippenkundlichen Archivalien zierte fortan der Führerausspruch „Kein Volk lebt länger als die Dokumente seiner Kultur“ das Treppenhaus des Stadtarchivs<sup>99</sup>.

Parallel zur Schriftdenkmalsicherung bemühte sich das Aachener Stadtarchiv, eine sippenkundliche Zweitüberlieferung zu erschließen. So war beispielsweise in den französischen Standesamtsregistern die Religionszugehörigkeit nicht vermerkt – der zentrale Pfeiler, auf dem die nationalsozialistische Rassenpolitik fußte. 1935/36 begannen deshalb die Vorarbeiten zu einer Sippenkartei der Aachener Bevölkerung, in der zu jedem Einwohner die rassische Zugehörigkeit vermerkt werden sollte<sup>100</sup>. Dazu wurden in den folgenden Jahren ein Einwohnerverzeichnis für die Reichsstadt Aachen erstellt und die Einwohnerverzeichnisse für Aachen und Burtscheid von 1812 verkartet<sup>101</sup>. Erfasst wurden der Familienstand, der Beruf, die Kinder und Verwandten im Haus, der Militärdienst, das Religionsbekenntnis sowie besondere Bemerkungen. Mithilfe der Einwohnerlisten und deren alphabetischer Verkartung konnten die Aachener Juden, die über die Standesamtsregister nicht zu ermitteln waren, identifiziert werden. Dies war der vorausseilende Versuch, die Aachener Bevölkerung restlos nach den Kriterien der NS-Rassenpolitik zu erfassen<sup>102</sup>. Angeregt und unterstützt wurde die Arbeit an einer Aachener Bevölkerungsgenealogie von Gerckes gescheitertem Vorhaben, eine Reichssippenkartei anzulegen und von regionalen Aktivitäten, wie das Verkartungsprojekt des Gausachbearbeiters für Sippenkunde im Nationalsozialistischen Lehrerbund Gau Köln-Aachen, Gerresheim. Im November 1938 stellte dieser in einem Vortrag sein Vorhaben in Aachen vor, woraufhin ihm Huyskens seine Unterstützung zusicherte<sup>103</sup>.

Das von Wilhelm Mummenhoff bearbeitete Buch „Die Einbürgerungen in der Reichsstadt Aachen, 1656-1794“ stellte den Versuch dar, die rassische Herkunft der Aachener Bevölkerung im Sinne der NS-Ideologie sogar bis ins 17. und 18. Jahrhundert zurückzuverfolgen. Huyskens schrieb dazu: *Die Arbeit verwertet alle aktenmäßigen Nachweise über Herkunft, Alter, Beruf und Familienstand der Eingebürgerten und wird so ein wertvolles Hilfsmittel zur Ermittlung der rassenmässigen Herkunft der Einwanderer und zur Beleuchtung der völkischen Verhältnisse im Grenzland um Aachen. Sie beruht auf langjähriger archivalischer Forschung*<sup>104</sup>. Das Buch sollte 1939 als erstes Heft der „Westdeutschen Bürgerbücher“, einer neuen Veröffentlichungsreihe der Westdeutschen Gesellschaft, erscheinen. Huyskens hatte als Vorsitzender des Vereins bereits staatliche Zuschüsse eingeworben, aber Probleme bei der Papierbeschaffung verhinderten seine Veröffentlichung<sup>105</sup>.

Ein verwandtes Projekt bearbeitete Stadtarchivar Walter Kaemmerer 1938/39 unter dem Titel „Bevölkerungsbewegung in der Reichsstadt Aachen während des 17. und 18. Jahrhunderts“, das die Familienbewegungen zwischen dem Aachener, Limburger und Lütticher Land untersuchte. Betreut wurde Kaemmerer durch den SS-Angehörigen und Leiter des SD-Unterabschnitts Aachen Georg Scherdin<sup>106</sup>, der dazu auch Gelder des Volksbundes für das Deutschtum im

Ausland, Außenstelle West, an ihn weiterleitete<sup>107</sup>. Beide Vorgänge machen erneut den engen Zusammenhang zwischen geschichts- und familienwissenschaftlicher Forschung auf der einen und den rassenpolitischen Verfolgungsmaßnahmen des NS-Staates auf der anderen Seite sichtbar.

Neben dem Erschließen der eigenen Bestände war das Stadtarchiv unter Huyskens' Leitung bestrebt, zusätzliche sippenkundliche Archivalien zu requirieren. Im Februar 1934 regte Huyskens an: *Mit Rücksicht darauf, dass die Angabe des Religionsbekenntnisses, welches für die Feststellung der arischen Abstammung unerlässlich ist, in den Standesamtsregistern erst seit 1876 erfolgt, dürfte es zweckmäßig sein, die sämtlichen bei den Kirchengemeinden noch vorhandenen Register über Taufen, Heiraten, Todesfälle und sonstige Personenstandsaufzeichnungen bis zum Jahre 1875 einschließlich im Stadtarchiv mit den älteren Registern zu vereinigen und der allgemeinen Benutzung zugänglich zu machen*<sup>108</sup>. Diese Initiative scheiterte jedoch, und man begnügte sich zunächst damit, die externen Bestände zu verzeichnen. In diesen Kontext gehören auch die sippenkundlichen Aktivitäten des Aachener Geschichtsvereins. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf das benachbarte Belgien und der im Mai 1940 erfolgten Eingliederung Eupen-Malmedys in das Deutsche Reich entstand unter der Leitung von Albert Huyskens das regionalgeschichtliche Buchprojekt „Zwischen Aachen und Aubel“. Das Ganze war geplant als *deutschsprachiges Handbuch für die Verwaltung und Heimatpflege über die mit dem Kreise Eupen vereinigten altbelgischen Gebiete*<sup>109</sup>. Bestandteil des Buches sollte u.a. in Ergänzung zu Löcherbachs Verzeichnis eine Aufstellung aller Standesamtsregister und Kirchenbücher des Kreises Eupen sein<sup>110</sup>. Das Buch wurde wegen Schwierigkeiten beim Druck trotz großen Interesses bei den zuständigen Behörden nicht mehr veröffentlicht<sup>111</sup>.

Im Februar 1941 wurde Stadtarchivar Walter Kaemmerer mit der Überführung der in Verviers lagernden Standesamtsregister und Beiakten der Kreise Eupen und Malmedy an das Aachener Landgericht betraut<sup>112</sup>. Wegen der beschlagnahmten Klosterbüchereien in Aachen und Mariawald<sup>113</sup> wandte sich Kaemmerer 1941 an die Geheime Staatspolizei, wobei er sich der Vermittlung des SD-Abschnitts Aachen bediente, zu dessen Leiter Scherdin er gute Kontakte pflegte<sup>114</sup>. Gegenüber dem Düsseldorfer Staatsarchiv brüstete sich Kaemmerer dieses Kulturgutraubes: *Auf meine persönliche Anregung hin hatte sich die hiesige Gestapo [...] dazu bereit gefunden, [...] alle Werke von wissenschaftlichem oder kulturellichem Wert auszusondern und für eine spätere Überweisung an die Stadt Aachen einstweilen sicherzustellen. Die Aussonderung der fraglichen Bücher geschah dann auf Wunsch der Gestapo unter meiner Leitung und Anweisung*<sup>115</sup>.

Seit 1939 war das Stadtarchiv zunehmend mit Sicherungsmaßnahmen für das eigene Archivgut beschäftigt. Wichtige Bestände wurden ausgelagert und im Laufe des Jahres 1940 luftschutzgerecht untergebracht<sup>116</sup>. In der Nacht vom 9. auf den 10. Juli 1941 schlug während eines Luftangriffs eine Sprengbombe neben dem Archiv ein. Daraufhin wurden die Archivbestände nach Jülich, Linzenich, Monschau sowie verschiedenen Standorten in Aachen und Umgebung verbracht. Eine provisorische Geschäftsstelle wurde in Linzenich eingerichtet<sup>117</sup>. Diese Umstände scheinen, soweit die Quellenlage eine Einschätzung zulässt, die rassenpolitischen Aktivitäten des Archivs gehemmt oder sogar beendet zu haben<sup>118</sup>.

### **Zwischen Opportunismus und Überzeugung**

Albert Huyskens begrüßte die gesteigerte Aufmerksamkeit, die der Sippenkunde und der Arbeit der Archivare von den neuen Machthabern nach 1933 geschenkt wurde. Im Rahmen der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde und durch die Ausstellungs- und Schulungstätigkeit des Aachener Stadtarchivs beteiligte er sich willfährig an der Propagierung der rassenpolitischen Ziele. Tatkräftige Unterstützung fand er bei seinem Mitarbeiter Walter Kaemmerer, der u.a. die Ausstellung „Praktische Wege zur Ahnenforschung“ konzipierte. Hand in Hand mit der Propagandatätigkeit ging die Öffnung des Archivs für die Öffentlichkeit zum Zwecke der Familienforschung. Über den lokalen Kontext hinaus wirkte Huyskens mit seiner „Rheinischen Familienkunde“, in der er für eine breite Leserschaft zunächst die Grundlagen der NS-Rassenpolitik erläuterte und daran anschließend die Arbeitsmethoden der Familienkunde mit Hinweisen zur Erstellung familienkundlicher Nachweise vorstellte. Insgesamt wirkten das Stadtarchiv und die Westdeutsche Gesellschaft für Familienkunde als Multiplikatoren der nationalsozialistischen Rassenideologie.

Im Rahmen der praktischen Archivarbeit und seit April 1934 mit der Familienkundlichen Auskunftsstelle beteiligte sich das Stadtarchiv an der Umsetzung der rassenpolitischen Maßnahmen. Dabei bemühten sich Huyskens und seine Mitarbeiter, den besonders großen Bestand familienkundlicher Quellen umfassend zu erschließen. Dazu wurde die Leistungsfähigkeit der Auskunftsstelle durch den Einsatz modernster technischer Hilfsmittel gesteigert. Zusätzlich bemühte man sich um die Akquisition weiterer sippenkundlich bedeutender Bestände. Ohne das hohe Engagement wäre es wohl nicht möglich gewesen, Tausenden von Menschen Auskünfte über ihre Abstammung zu erteilen<sup>119</sup>. Darüber hinaus brachte Huyskens sich in seiner Funktion als Vorsitzender der Westdeutschen Gesellschaft für Familienforschung in die NS-Rassenpolitik ein, indem er sein Expertenwissen dem

Reichssippenamt in Berlin zur Verfügung stellte. Gleichzeitig erhielt er über seine Beziehungen zu leitenden Funktionären auf Gau- und Reichsebene Kenntnis von neuen Maßnahmen und Plänen der nationalsozialistischen Rassenpolitik.

Huyskens und die Mitarbeiter des Stadtarchivs waren sich über die Folgen ihrer Tätigkeit im Klaren. Sie wussten, dass die Ermittlung von Nichtariern für diese Stigmatisierung, Verlust der beruflichen und materiellen Existenz bis hin zu ihrer Aussonderung und Deportation bedeutete<sup>120</sup>. Sie handelten keineswegs als bloße Befehlsempfänger, sondern entwickelten zahlreiche eigene Initiativen. In vorauseilendem Gehorsam bemühten sie sich durch die Verkartung der Einwohnerlisten von 1812 um die restlose sippenkundliche Erfassung der Aachener Bevölkerung. Und schließlich beteiligten sie sich als ‚kämpfende Wissenschaftler‘ an den rassenpolitischen Unrechtsmaßnahmen des Regimes. Huyskens muss als integraler Teil der nationalsozialistischen Funktionselite in Aachen gesehen werden. In letzter Konsequenz war er ein typischer Schreibtischtäter, der eine wichtige systemstützende Funktion im NS-Unterdrückungsapparat einnahm.

Abschließend sollen drei Deutungsangebote für die Verstrickung von Albert Huyskens in das NS-System vorgestellt werden:

Huyskens begriff den Bedeutungszuwachs der Familienforschung infolge der nationalsozialistischen Rassenpolitik sofort. Er nutzte die neuen Resonanzbedingungen für die Außendarstellung der Familienkunde, um die geänderten politischen Ressourcenkonstellationen für das Stadtarchiv und die Westdeutsche Gesellschaft fruchtbar zu machen. So erreichte er eine, wenn auch vorübergehende, Verdoppelung des Archivpersonals, akquirierte erfolgreich Finanzmittel für das Archiv und modernisierte damit die technische Ausstattung, erweiterte den Quellenbestand des Stadtarchivs und warb für die Publikationen des Vereins großzügige Druckkostenzuschüsse ein. Ähnlich wie Huyskens begrüßten auch die anderen leitenden Stadtarchivare das neue Ansehen der Familienkunde und die gesteigerte Aufmerksamkeit für die Tätigkeit der Archivare. Einigen gelang es wie Huyskens, die materielle und personelle Ausstattung ihrer Häuser zu vergrößern: Der Münsteraner Stadtarchivar Eduard Schulte warb erfolgreich für die Erweiterung der Archivräume, um zusätzlich Tausende von Akten, mit zum Teil sippenkundlichem Wert, in den Archivbestand einzugliedern. Erich Kuphal, Leiter des Kölner Stadtarchivs, erreichte die beträchtliche Aufstockung des Archivpersonals für die Verkartung der Kirchenbücher<sup>121</sup>.

Ein weiteres Motiv muss wohl in Huyskens' Machtansprüchen innerhalb der familienkundlichen Vereinsstrukturen gesehen werden. Führerprinzip und Gleichschaltung wollte er dazu nutzen, die Alleinvertretungsansprüche der Westdeutschen Gesellschaft für den

gesamten westdeutschen Raum von Westfalen bis zum Saarland zu wahren und auszubauen<sup>122</sup>. Huyskens und der stellvertretende Vorsitzende der Westdeutschen Gesellschaft Heinz Haehling von Lanzenauer befürchteten insbesondere eine getrennte Vertretung von Rheinland und Westfalen im Reichsverein für Sippenforschung und Wappenkunde<sup>123</sup>. Umso mehr begrüßten sie die Gründung des Volksbundes der sippenkundlichen Vereine. Huyskens hoffte, die Satzung des Volksbundes instrumentalisieren zu können, um bislang unabhängige Ortsgruppen in die Westdeutsche Gesellschaft einzugliedern<sup>124</sup>. Durch persönliche Eingaben beim Leiter der Reichsstelle für Sippenforschung Kurt Mayer versuchte er zudem, Abspaltungen von Landesverbänden zu verhindern<sup>125</sup>.

Schließlich teilte Huyskens – wie etwa der Eduard Schulte, der Leiter des Münsteraner Stadtarchivs, und der Düsseldorfer Stadtarchivar Gustav Mücke<sup>126</sup> – die wesentlichen ideologischen Ziele des Nationalsozialismus. Nach eigenen Angaben stand er vormals dem Zentrum nahe, erklärte aber im Juni 1933 anlässlich seines Parteieintritts: *Ich war bisher niemals bei einer Partei eingeschrieben, habe mich jetzt aber der NSDAP angeschlossen, da ich mit dem Hitlerprogramm in allem Wesentlichen übereinstimme*<sup>127</sup>. Dies galt speziell für die antisemitische Rassenpolitik: Zwar ließ er sich öffentlich nur vereinzelt zu antisemitischen und antibolschewistischen Ausfällen hinreißen, sein Eifer bei der Identifizierung von Juden durch die Erschließung von Ersatzüberlieferungen spricht jedoch eine deutliche Sprache. Besonders schwer wiegt seine kollektive Denunziation, die er durch seinen Artikel über die Bestimmungen zur Namensgebung der Juden in französischer Zeit und die Übersendung der entsprechenden Aktenstücke an die Reichsstelle für Sippenforschung in Berlin im Februar 1937 verübte.

Welche Motive den Ausschlag für die willfährige Verstrickung von Albert Huyskens in das NS-Unrechtsregime gegeben haben, kann nicht mit letzter Sicherheit entschieden werden. Am wahrscheinlichsten ist wohl ein Zusammentreffen der oben dargelegten Gründe, wobei sich Opportunismus, Machtbewusstsein und ideologische Überzeugung ergänzten und vielleicht sogar gegenseitig verstärkten. Festzuhalten bleibt, dass sich unter Albert Huyskens das Aachener Stadtarchiv und die Westdeutsche Gesellschaft für Familienkunde zu integralen Bestandteilen der nationalsozialistischen Rassenpolitik gemacht haben. Die Identifikation und Erfassung der nichtarischen Bevölkerung – an der sich neben den Archivaren auch Bibliothekare, Standesbeamte und Pfarrer in großer Zahl beteiligten – bildeten die notwendigen Voraussetzungen für die Verfolgung und schließlich die Vernichtung der deutschen und europäischen Juden. Die ganze Dimension dieses funktionalen Zusammenhangs kann im Falle Aachens nur schwer eingeschätzt werden. Zu den diesbezüglich offenen Fragen gehört die Korrelation von Familiennamen auf dem Standesamtsprotokoll von 1808, der Verkartung der

## Einwohnerlisten von 1812 und den bislang namentlich identifizierten Opfern der Judenvernichtung aus Aachen<sup>128</sup>.

---

\* Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die gekürzte und überarbeitete Version eines Vortrages, den die Autoren am 12.10.2005 unter dem Titel „Sippenkunde und Rassepolitik – Albert Huyskens und der Aachener Mythos vom katholischen Widerstand“ an der VHS Aachen gehalten haben. Das Vortragsmanuskript ist zugänglich unter: <http://www.histech.rwth-aachen.de/content/1564/Sippenkunde.pdf>

<sup>1</sup> HERBERT LEPPER, Das Stadtarchiv Aachen und seine Archivare 1821-1945, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins (ZAGV) 84/85 (1977/78), Aachen 1978, S. 579-699.

<sup>2</sup> Zu Albert Huyskens (1879-1956) vgl. WOLFGANG LEESCH, Die deutschen Archivare 1500-1945, Bd. 2, München u.a. 1992, S. 277.

<sup>3</sup> LEPPER, Stadtarchiv (wie Anm. 1), S. 678.

<sup>4</sup> Ebd., S. 678-680.

<sup>5</sup> HERBERT LEPPER, Der Aachener Geschichtsverein 1929-1979, in: ZAGV 86/87 (1979/80), Aachen 1980, S. 1\*-73\* – DERS., Der ‚Aachener Geschichtsverein‘ 1933-1944, in: ZAGV 101 (1997/98), Aachen 1998, S. 267-302.

<sup>6</sup> LEPPER, Geschichtsverein 1933-1944 (wie Anm. 5), S. 300.

<sup>7</sup> ULRICH KALKMANN, Die Technische Hochschule Aachen im Dritten Reich (1933 - 1945), Aachen 2003, S. 278.

<sup>8</sup> STEFAN KREBS u. WERNER TSCHACHER, Der schwierige Umgang mit dem Erbe der NS-Vergangenheit. Ein Forschungsprojekt zur Hochschulgeschichte der RWTH, in: RWTH-Themen H. 2 (2005), S. 94-95.

<sup>9</sup> Aachener Nachrichten v. 4.3.2005; 5.3.2005 und 24.3.2005.

<sup>10</sup> Aachener Nachrichten v. 29.3.2006. Der jüdische Mathematik-Professor Otto Blumenthal wurde 1876 in Frankfurt geboren, er promovierte 1898 in Göttingen und war seit 1905 ordentlicher Professor an der TH Aachen. 1933 wurde er von der Aachener Hochschule vertrieben. 1938 emigrierte er in die Niederlande, von wo er schließlich 1943 über die Lager s’Hertogenbosch und Westerbork ins Konzentrationslager Theresienstadt deportiert wurde. Blumenthal kam dort im November 1944 um. Vgl. PAUL LEO BUTZER u.a., Otto Blumenthal, in: KLAUS HABETHA (Hrsg.), Wissenschaft zwischen technischer und gesellschaftlicher Herausforderung. Die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule 1970-1995, Aachen 1995, S. 186-195.

<sup>11</sup> Pressemitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg vom 27.9.2005, URL: <http://mwk.baden-wuerttemberg.de/service/presse/meldung-detail/article/183/326/4cfc1d8448/neste/6/> (27.9.2006).

<sup>12</sup> KLAUS WISOTZKY, Die rheinisch-westfälischen Stadtarchive im Dritten Reich, Typoskript September 2005. Wir danken dem Autor für die Überlassung des Vortragstextes.

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Ein solches Desiderat besteht ebenfalls für die Geschichte des Aachener Geschichtsvereins im ‚Dritten Reich‘.

<sup>15</sup> Aachener Volkszeitung v. 29.10.1956.

<sup>16</sup> WALDEMAR SCHUPP, Abstammung und Verwandtschaft, in: FRIEDRICH BECK u. ECKART HENNING, Die archivalischen Quellen, Köln u.a. 2003 (3. Aufl.), S. 269-290 – AHASVER V. BRANDT, Werkzeug des Historikers, Stuttgart u.a. 1998 (16. Aufl.), S. 39-47.

<sup>17</sup> SCHUPP, Abstammung (wie Anm. 16), S. 286.

<sup>18</sup> Ebd., S. 271.

<sup>19</sup> KARL BINDING, Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens, Leipzig 1920.

<sup>20</sup> MANFRED VASOLD, Medizin, in: WOLFGANG BENZ, HERMANN GRAML u. HERMANN WEIß (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 235-250, hier S. 235-237 – INGRID RICHTER, Katholizismus und Eugenik in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Paderborn u.a. 2001, S. 101-139, 140-176 und 197-256.

<sup>21</sup> ALBERT HUYSKENS, Die Ziele der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde, in: Mitteilungen der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde (MWGF), 6, H. 2/4 (1929), Sp. 49-52, hier Sp. 52.

<sup>22</sup> DIANA SCHULLE, Das Reichssippenamt, Berlin 2001, S. 98.

<sup>23</sup> VASOLD, Medizin (wie Anm. 20), S. 236.

<sup>24</sup> AUGUST SCHUMACHER, Tätigkeit unserer Ortsgruppen während des Winterhalbjahres 1928/29 und des Sommerhalbjahres 1929. Ortsgruppe Aachen, in: MWGF 6, H. 6 (1929), Sp. 305-307, hier Sp. 306f.

<sup>25</sup> KONRAD KWIET, Rassenpolitik und Völkermord, in: BENZ (Hrsg.), Enzyklopädie (wie Anm. 20), S. 50-65, hier S. 51.

<sup>26</sup> BENZ (Hrsg.), Enzyklopädie (wie Anm. 20), Stichwort „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, S. 488f.

<sup>27</sup> Ebd., Stichworte „Abstammungsnachweis“, S. 346 und „Nürnberger Gesetze“, S. 620 – CORNELIA SCHMITZ-BERNING, Vokabular des Nationalsozialismus, Berlin, New York 1998, Stichworte „Ariernachweis“,

---

S. 58, „Arierparagraph“, S. 58-60, „arische Abstammung“, S. 60-62, „Nichtarier“, S. 428, „nichtarisch“, S. 428-429, „Nürnberger Gesetze“, S. 443-444.

<sup>28</sup> HEINZ HAEHLING V. LANZENAUER, Männer von heute und ihre Abstammung, in: MWGF 7, H. 10 (1933), Sp. 384f.

<sup>29</sup> GÖTZ ALY u. KARL HEINZ ROTH, Die restlose Erfassung, Frankfurt am Main 2000, S. 84f.

<sup>30</sup> Zu Achim Gercke (1902-1997) vgl. ERNST KLEE, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945?, Frankfurt a.M. 2003, S. 179f.

<sup>31</sup> N.N., Vereinschronik: Der Sachverständige für Rasseforschung auf einer großen Kundgebung unserer Gesellschaft im Gürzenich in Köln, in: MWGF 7, H. 12 (1933), Sp. 473-475, hier Sp. 474.

<sup>32</sup> Zu Karl Fahrenhorst (\*1882) vgl. ERICH STOCKHORST, 5000 Köpfe. Wer war was im 3. Reich, Kiel 1998 (3. Aufl.), S. 128.

<sup>33</sup> KARL FAHRENHORST, Deutsche Sippenforschung, in: HERMANN KRETZSCHMANN (Hrsg.), Bausteine zum Dritten Reich, Leipzig o.J. (5. Aufl.), S. 171, zitiert nach: SCHMITZ-BERNING, Vokabular (wie Anm. 27), Stichwort „Sippenforschung“, S. 579.

<sup>34</sup> BENZ (Hrsg.), Enzyklopädie (wie Anm. 20), Stichwort „Abstammungsnachweis“, S. 346.

<sup>35</sup> N.N., Die Sommertagung am 25. und 16. Juli 1933 in Aachen und Monschau, in: MWGF 7, H. 12 (1933), Sp. 475-477. Frick hatte bereits im Juni 1933 in einer Rundfunkrede auf die Wichtigkeit der Familienforschung hingewiesen.

<sup>36</sup> Zu Wilhelm Frick (1877-1946) vgl. KLEE, Personenlexikon (wie Anm. 30), S. 166 – GÜNTER NELIBA, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates, Paderborn u.a. 1992.

<sup>37</sup> Stadtarchiv Aachen (StA Aachen), NL Huyskens, Nr. 46, Telegramm Huyskens an Reichs[innen]minister Dr. Frick, Berlin (undatiert, 15./16.7.1933).

<sup>38</sup> N.N., Vereinschronik: Der Sachverständige für Rasseforschung auf einer großen Kundgebung unserer Gesellschaft im Gürzenich in Köln, in: MWGF 7, H. 12 (1933), Sp. 473-475, hier Sp. 473.

<sup>39</sup> Ebd., Sp. 473.

<sup>40</sup> Ebd., Sp. 474.

<sup>41</sup> Ebd.; Vgl. zum „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ VASOLD, Medizin (wie Anm. 20), S. 241. Zwischen 1933-45 erfolgten ca. 400.000 Zwangssterilisationen. BENZ (Hrsg.), Enzyklopädie (wie Anm. 20), Stichwort „Erbgesundheits“, S. 448.

<sup>42</sup> StA Aachen, NL Huyskens, Nr. 69, Huyskens an die Obmänner der Ortsgruppen der WGF v. 12.11.1933.

<sup>43</sup> ALBERT HUYSKENS, Zum silbernen Jubiläum unserer Gesellschaft, in: MWGF 10, H. 1-3 (1938), Sp. 1-8, hier Sp. 5f. Vgl. auch HEINZ HAEHLING V. LANZENAUER, Die 25-Jahr-Feier der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde e.V., in: MWGF 10, H. 1-3 (1938), Sp. 183-188.

<sup>44</sup> N.N., Vereinschronik. Die Hauptversammlung 1935, in: MWGF 8, H. 7 (1935), Sp. 270 – StA Aachen, NL Huyskens, Nr. 54, Brief Huyskens an Gercke vom 22.3.1934.

<sup>45</sup> StA Aachen, NL Huyskens, Nr. 48, Brief Dr. Fritz Caspari, Gstadt a/Chiemsee an Huyskens vom 6.3.1935.

<sup>46</sup> StA Aachen, NL Huyskens, Nr. 54, Gercke an Huyskens vom 27.3.1934.

<sup>47</sup> Ebd., Brief Huyskens an Gercke vom 10.4.1934.

<sup>48</sup> Ebd., Huyskens an OB Quirin Jansen vom 19.9.1934.

<sup>49</sup> Ebd., Gercke an Huyskens vom 5.5.1934.

<sup>50</sup> ALBERT HUYSKENS, Reichsverein für Sippenforschung u. Wappenkunde e.V. und die Westdeutsche Gesellschaft für Familienkunde e.V., in: MWGF 8, H. 4 (1934), Sp. 155f. Zu den Intrigen und Machtkämpfen im Reichsverein vgl. STAA, NL Huyskens, Nr. 50, Haehling an Huyskens v. 24.6.1934.

<sup>51</sup> CORNELIA ESSNER, Die ‚Nürnberger Gesetze‘ oder Die Verwaltung des Rassenwahns 1933-1945, Paderborn, u.a. 2002, S. 90 – SCHULLE, Das Reichssippenamt (wie Anm. 22), S. 236.

<sup>52</sup> Zu Kurt Mayer (1903-1945) vgl. KLEE, Personenlexikon (wie Anm. 30), S. 397.

<sup>53</sup> SCHULLE, Das Reichssippenamt (wie Anm. 22), S. 237f.

<sup>54</sup> StA Aachen, NL Huyskens, Nr. 55, Huyskens an Mayer v. 2.4.1935.

<sup>55</sup> ALBERT HUYSKENS, Vereinschronik, Anschluss der Westdeutschen Gesellschaft an den Volksbund der deutschen sippenkundlichen Vereine (VSV) e.V., Herbsttagung des Volksbundes in Gotha, in: MWGF 8, H. 10 (1936), Sp. 392f.

<sup>56</sup> StA Aachen, NL Huyskens, Nr. 53, Korrespondenz für Rasseforschung und Familienkunde, hrsg. von Karl Brammer, Berlin 6.6.1934.

<sup>57</sup> Ebd.

<sup>58</sup> So wechselte z.B. der Bibliothekar des Vereins zum Amt für Sippenforschung der NSDAP. StA Aachen, NL Huyskens, Nr. 69, W. Föhl an Huyskens v. 20.1.1936 – StA Aachen, NL Huyskens, Nr. 71, Rede Huyskens zur Jubiläumsfeier der WGF am 9./10.7.1938.

<sup>59</sup> StA Aachen, NL Huyskens, Nr. 54, Huyskens an Gercke vom 4.12.1934.

- 
- <sup>60</sup> Herausgeber ist der Bonner Germanist Hans Naumann, der u.a. im Mai 1933 Hauptredner bei der Bonner Bücherverbrennung war. Vgl. MICHAEL GRÜTTNER, Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004, S. 123.
- <sup>61</sup> ALBERT HUYSKENS, Rheinische Familienkunde, Düsseldorf 1935, S. 7f.
- <sup>62</sup> Ebd., S. 14f. Zu den vertriebenen jüdischen Professoren der TH Aachen vgl. KALKMANN, TH Aachen (wie Anm. 7), S. 120-146. Albert Huyskens war seit 1921 Privatdozent an der TH Aachen und hatte einen Lehrauftrag für rheinische Geschichte. Von 1925 bis 1939 war er nichtbeamteter außerordentlicher Professor, von 1939 bis 1946 außerplanmäßiger Professor. Hochschularchiv Aachen, 2028 (Personalakte A. Huyskens).
- <sup>63</sup> HUYSKENS, Familienkunde (wie Anm. 61), S. 13.
- <sup>64</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-64, Schreiben Huyskens' vom 24.3.1936. Eine Transkription des Protokolls findet sich in HERBERT LEPPER, Von der Emanzipation zum Holocaust. Bd. 1, Aachen 1994, S. 530-532.
- <sup>65</sup> StA Aachen Depositum AGV, Nr. 170, Zweiter Vortragsabend des AGV am 18.12.1936, Mitschrift von Carl Schué Vortrag von Franz Petri „Der Vorstoß der Franken nach Westen und die Bildung der westlichen Sprachgrenze“.
- <sup>66</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-197, Reichsstelle f. Sippenforschung an StA Aachen v. 18.2.1937.
- <sup>67</sup> ALBERT HUYSKENS, Bestimmungen über die Namengebung der Juden im Gebiet des ehemaligen französischen Rechts in ihrer Anwendung auf Aachen, in: MWGF 9, H. 2 (1937), Sp. 77f. Für den Zeitpunkt der Veröffentlichung vgl. StA Aachen, Dienstregistratur, 450-197, StA Aachen an OB Aachen v. 19.2.1937.
- <sup>68</sup> HUYSKENS, Namengebung (wie Anm. 67), Sp. 77f.
- <sup>69</sup> W. RHEINEN, Ein bedauerlicher Missgriff bei der Namengebung der Juden, in MWGF, 9, H. 3 (1937), Sp. 117f.
- <sup>70</sup> Dass Huyskens dieses selbst intendiert hatte, lässt sich daran ersehen, dass sein Mitarbeiter Wilhelm Mummenhoff (s. Anm. 81) Schriftwalter der MWGF war und daher der Abdruck der Zuschrift wohl nur mit Huyskens' Zustimmung erfolgt sein kann.
- <sup>71</sup> WISOTZKY, Stadtarchive (wie Anm. 12).
- <sup>72</sup> JOSEF FRANZ KNÖPFLER, Die deutschen Archive und die Familienforschung im neuen Reich, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 83 (1936/37), S. 180-195, hier S. 180.
- <sup>73</sup> Ebd., S. 186. – StA Aachen, Dienstregistratur, 450-197, StA Aachen an Archivdirektor Dr. Ruppertsberg, StA Frankfurt a.M. v. 2.2.1937.
- <sup>74</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-55, Bericht des Stadtarchivs 1933. Wir erwähnen hier nur familienkundliche Ausstellungen, daneben beteiligte sich das Stadtarchiv auch an weiteren Ausstellungsprojekten (z.B. der Schlageter Ausstellung 1933).
- <sup>75</sup> Ebd., Halbjahresbericht des Stadtarchivs v. 1.4.1936.
- <sup>76</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-64, Huyskens vom 24.3.1936.
- <sup>77</sup> Zu Walter Kaemmerer (1897-1979) vgl. LEESCH, Archivare (wie Anm. 2), S. 293.
- <sup>78</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-64, Huyskens vom 24.3.1936. Bereits im Heft 10/1933 der MWGF war ein Artikel von Heinz Haehling von Lanzenauer erschienen, der über die Ahnentafeln von Adolf Hitler und Franz v. Papen die Bedeutung von Familien- und Rassenforschung popularisieren wollte. LANZENAUER, Männer (wie Anm. 28), Sp. 384f.
- <sup>79</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-64, Brief Huyskens an den Stadtoberinspektor Franck, Aachen vom 8.9.1938.
- <sup>80</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-196, Huyskens an den Chef des Sippenamtes beim Rasse- und Siedlungshauptamt SS vom 8.11.1935.
- <sup>81</sup> Zu Wilhelm Mummenhoff (1883-1962) vgl. LEESCH, Archivare (wie Anm. 2), S. 428.
- <sup>82</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-55, Halbjahresbericht des Stadtarchivs April-September 1934 v. 1.10.1934.
- <sup>83</sup> Ebd., Jahresbericht Stadtarchiv 1934.
- <sup>84</sup> Ab dem 1.6.1936 leitete Stadtoberinspektor Hugo Nießen die Auskunftsstelle. Ebd., Halbjahresbericht des Stadtarchivs v. 1.4.1936.
- <sup>85</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-51, Urlaubsliste 1937 der familiengeschichtlichen Auskunftsstelle des Stadtarchivs.
- <sup>86</sup> KNÖPFLER, Archive (wie Anm. 72), S. 186 – StA Aachen, Dienstregistratur, 450-55, Halbjahresbericht des Stadtarchivs April-September 1934 v. 1.10.1934.
- <sup>87</sup> Ebd., Halbjahresbericht des Stadtarchivs v. 1.10.1935 – StA Aachen, Dienstregistratur, 450-197, StA Aachen an das StA Marburg v. 16.10.1936.
- <sup>88</sup> Ebd., Verwaltungsbericht 1936.
- <sup>89</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-64, Brief Huyskens an den Stadtoberinspektor Franck, Aachen vom 8.9.1938.
- <sup>90</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-55, Bericht für die Verwaltung und wissenschaftliche Tätigkeit des Archivs für die Zeit vom 1.4.-1.10.1938.
- <sup>91</sup> StA Aachen, NL Huyskens, Nr. 48, Brief Huyskens an das Landesarchiv Köln vom 15.7.1933.

- 
- <sup>92</sup> Ebd., Bezirkskommissar für den Arbeitsdienst im Bezirk des Landesarbeitsamtes Rheinland an Huyskens vom 22.7.1933.
- <sup>93</sup> Zu Eggert Reeder (1894-1959) vgl. KLEE, Personenlexikon (wie Anm. 30), S. 484.
- <sup>94</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-51, RP an StA Aachen über OB Aachen v. 15.8.1934.
- <sup>95</sup> Ebd., Huyskens an sämtliche Beamte und Angestellte des StA Aachen gegen Unterschrift v. 13.10.1934.
- <sup>96</sup> StA Aachen, NL Huyskens, Nr. 54, Huyskens an Gercke vom 4.12.1934.
- <sup>97</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-197, StA Aachen an das StA Marburg v. 16.10.1936.
- <sup>98</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-55, Verwaltungsbericht 1936.
- <sup>99</sup> Ebd., Verwaltungsbericht 1939.
- <sup>100</sup> Ebd., Verwaltungsbericht 1936.
- <sup>101</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-190, Monatsberichte über die Ordnungsarbeiten und Privatarbeiten der wissenschaftlichen Beamten.
- <sup>102</sup> Die 42 Bände umfassende Verkartung der Einwohnerlisten von 1812 ist noch heute im Lesesaal des Stadtarchivs als familienkundliches Hilfsmittel vorhanden. Herbert Lepper bezeichnete die Verkartung unkritisch als „einzig, über den unmittelbaren Zweck hinausgehende Frucht dieser Arbeit.“ LEPPER, Stadtarchiv (wie Anm. 1), S. 678.
- <sup>103</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-190, Brief Huyskens an Gerresheim vom 19.11.1938.
- <sup>104</sup> Archiv des Landesverbandes Rheinland (ALVR), Nr. 12762, Huyskens f. WGF an Oberpräsidenten der Rheinprovinz v. 7.3.1941.
- <sup>105</sup> Ebd.; Ebenso wie die MWGF und die ZAGV erhielten die Sonderveröffentlichungen der WGF keine Druckgenehmigung mehr. Vgl. exemplarisch ALVR, Nr. 12761, Landeshauptmann Haake an Huyskens v. 19.8.1941. Mummenhoffs Arbeit wurde 1956 in der ZAGV veröffentlicht. WILHELM MUMMENHOFF, Die Bürgerrechtsverleihungen in der Reichsstadt Aachen während der Jahre 1656 bis 1794 (1797), in: ZAGV 68 (1956), S. 191-332.
- <sup>106</sup> Zu Georg Scherdin vgl. THOMAS MÜLLER, „Ausgangsstellung zum Angriff“. Die ‚Westforschung‘ der Technischen Hochschule Aachen, in: BURKHARD DIETZ, HELMUT GABEL u. ULRICH TIEDAU (Hrsg.), Griff nach dem Westen, Bd. 2, Münster u.a. 2003, S. 819-850, hier S. 828-832.
- <sup>107</sup> ALVR, Nr. 4585, Bundesleitung VDA, Hilgers an Bankdirektor Höfermann, Commerz- und Privatbank Düsseldorf v. 12.8.1938.
- <sup>108</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-55, OB Ac an RP v. 28.2.1934.
- <sup>109</sup> StA Aachen, Depositum AGV, Nr. 245, Huyskens an das Polizeipräsidium Abt. Zulassungen v. 28.9.1940.
- <sup>110</sup> StA Aachen, Depositum AGV, Nr. 248, N.N., Die sippenkundlichen Quellen, Manuskript.
- <sup>111</sup> Der Aachener Regierungspräsident war bereit das Projekt mit bis zu 5000 RM zu unterstützen. StA Aachen, Depositum AGV, Nr. 245, Huyskens an den RP v. 30.12.1940 – Ebd., RP an AGV v. 15.1.1941.
- <sup>112</sup> ALVR, RAMA, A XII c 1, Bd. 1, Huyskens an Staatsarchiv Düsseldorf v. 6.3.1942.
- <sup>113</sup> HEINZ KÖLLEN, Abtei Mariawald auf dem Kermeter in Heimbach (Eifel), Neuss 1994, S. 7.
- <sup>114</sup> In seinem Entnazifizierungsverfahren stellte sich Kaemmerer als jemanden dar, der von Scherdin unter Druck gesetzt worden sei und zu dem er in religions- und kulturpolitischen Fragen in Opposition gestanden habe. Die finanziellen Zuwendungen sowie Scherdins Amtshilfe verschwie er dagegen. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 1079-06457, W. Kaemmerer, Mein Verhältnis zum Nationalsozialismus, o.D. (Dezember 1945).
- <sup>115</sup> ALVR, RAMA, A XII c 1, Bd. 1, Kaemmerer an Staatsarchiv v. 2.3.1942
- <sup>116</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-55, Verwaltungsbericht 1939.
- <sup>117</sup> StA Aachen, Dienstregistratur, 450-84, Vorläufiger Bericht über die Beschädigungen des Stadtarchivs v. 14.7.1941; Eine Auslagerung von Teilbeständen ins sauerländische Nordenau erfolgte im September 1944.
- <sup>118</sup> Die Dienstregistratur des Stadtarchivs ist bislang nur vorläufig erschlossen und durfte von den Autoren nur fragmentarisch eingesehen werden; Die Auskunftstätigkeit wurde zumindest kurz nach dem Fliegerangriff in den Räumen der Stadtbibliothek wieder aufgenommen. StA Aachen, Dienstregistratur, 450-84, Huyskens an OB Aachen v. 22.7.1941.
- <sup>119</sup> Bis 1935 hatten Archiv und Auskunftsstelle gemeinsam rund 7.000 Anfragen bearbeitet. (Eigene Berechnung aus den Verwaltungsberichten des Stadtarchivs, StA Aachen, Dienstregistratur, 450-55 und 450-190.) Vgl. auch VOLKMAR WEISS, Der genealogische Verein "Roland" (Dresden) von 1933 bis 1945, in: Genealogie 53 (2004), S. 65-81, hier S. 65.
- <sup>120</sup> Bereits einen Tag nach der sogenannten ‚Reichskristallnacht‘ am 10.11.1938 wurden die ersten Aachener Juden in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert. LEPPER, Emanzipation (wie Anm. 64), Bd. 2, S. 1246-1259.
- <sup>121</sup> WISOTZKY, Stadtarchive (wie Anm. 12).
- <sup>122</sup> StA Aachen, NL Huyskens, Nr. 54, Huyskens an Gercke v. 10.4.1934 – StA Aachen, NL Huyskens, Nr. 55, Huyskens an Mayer v. 2.4.1935.
- <sup>123</sup> Exemplarisch StA Aachen, NL Huyskens, Nr. 50, Haehling an Huyskens v. 24.6.1934 – Ebd., Haehling an Huyskens v. 10.12.1934.
- <sup>124</sup> Ebd., Huyskens an Mayer v. 2.4.1935 – Ebd. Protokoll der Herbsttagung des VSV am 7.12.1935 in Gotha.

---

<sup>125</sup> Ebd., Huyskens an Mayer v. 12.5.1936.

<sup>126</sup> WISOTZKY, Stadtarchive (wie Anm. 12).

<sup>127</sup> StA Aachen, NL Huyskens, Nr. 49, Huyskens an Blank v. 10.6.1933.

<sup>128</sup> Zu den korrelierenden Namen gehören Abraham, Goldstein, Hartoch, Heymann, Hirsch, Hirtz, Joseph, Kaufmann, Levy, Marx, Mayer, Moyses, Nathan, Schloss und Voß (sowie verwandte Schreibweisen). Vgl. Transkript des Standesamtsprotokolls bei LEPPER, Emanzipation (wie Anm. 64), S. 530-532 – Namen aus den Napoleonischen Bürgerlisten abgedruckt bei MANFRED BIERGANZ, ANNELIE KREUTZ, Juden in Aachen, Aachen 1988, S. 19-21 – Die Opfer der Shoah aus Aachen 1933-1945, hrsg. Gedenkbuchprojekt für die Opfer der Shoah aus Aachen e.V. Aachen 2005. So waren beispielsweise die Familien Abraham, Goldstein und Joseph im August 1935 noch nicht als Aachener Juden erfasst worden. Spätestens 1937 bzw. 1939 wurden sie aber durch Huyskens und Mummenhoff als solche identifiziert. Vgl. Verzeichnis der in Aachen lebenden Juden, Adrema-Ausdruck nach den Ortsgruppen der NSDAP, Anfang August 1935, abgedruckt bei LEPPER, Emanzipation, Bd. 2 (wie Anm. 64), Tabelle 33, S. 1535-1635.